

Vorsitzende
Maren Müller

Postadresse:
Waldstr. 102
53177 Bonn

Tel.: 0174 964 121 4

info@publikumskonferenz.de
<https://publikumskonferenz.de>

An alle Mitglieder

Bonn, 27.01.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
werte Mitglieder der Ständigen Publikumskonferenz,

fristgemäß erhielten Sie am 28.12.2023 die Information über unsere anstehenden
Vorstandswahlen, die wiederholt in Form einer Onlineabstimmung stattfinden werden.

Diese Abstimmung wird nun vorbereitet und ich möchte Sie herzlich bitten, sich rege an der
Wahl zu beteiligen. Die Kandidatenvorstellung erfolgt jeweils in Form einer Kurz-Vita.

Zur Wahl stellen sich:

Vorsitzende:	Maren Müller
Stellvertreter:	Torsten Küllig
Schatzmeisterin:	Ilka Wehner
Beisitzer:	Michael Meyen

Der Link zur Abstimmung wird Ihnen in einer separaten E-Mail der Firma POLYAS Distribution
GmbH zugesandt. Sie haben vom 28.01.2024 bis 04.02.2024 die Möglichkeit Ihren Vorstand zu
wählen und bei Bedarf Fragen per E-Mail an die Kandidaten zu stellen.

Vorher bitte ich um Aufmerksamkeit für unseren Rechenschaftsbericht inkl. Kassenbericht.

Ich bitte um Verständnis dafür, dass sich im Rechenschaftsbericht die Passagen in den
„Angaben zum Verein“ wiederholen, da sich hier inhaltlich über die Jahre nichts verändert hat.

Mit freundlichen Grüßen
Maren Müller



Rechenschaftsbericht 2022/2023

1. Angaben zum Verein
2. Aufgaben des Vereins
3. Angaben zur Gemeinnützigkeit
4. Mitgliederentwicklung
5. Finanzbericht
6. Öffentlichkeitsarbeit
7. Ausblick

1. Angaben zum Verein

Der Verein Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien e. V. gründete sich am 28.02.2014 in Leipzig und ist unter der Registernummer VR 5561 beim Amtsgericht Leipzig eingetragen.

Am 28.02.2014 erschienen die 7 Unterzeichnenden zur Gründung des Vereins im Lokal „Südbrause“, in 04277 Leipzig, Connewitzer Kreuz. Gewählt wurden die Vorsitzende Maren Müller, der Stellvertreter Florian Krahrmer und die Schatzmeisterin Ilka Wehner in offener Abstimmung.

Ausgangspunkt und Auslöser der Initiative war eine Onlinepetition mit über 233 000 Mitzeichnern, welche die Verhaltensweisen des ZDF-Moderators Markus Lanz in dessen Talkshow gegenüber der Politikerin Sahra Wagenknecht thematisierte.

2. Zweck des Vereins

[Zweck des eingetragenen Vereins](#) ist die Erlangung und Förderung von Medienkompetenz, demokratischer und kultureller Bildung sowie der demokratischen Mitsprache bei der Umsetzung des gesellschaftlichen Programm- und Bildungsauftrages der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die Initiative versteht sich somit als Mittler zwischen Publikum und Medienanstalten und ist offen für die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Initiativen ohne eigenwirtschaftliche Interessen.

3. Angaben zur Gemeinnützigkeit

Die Überprüfung unseres Vereins durch das Finanzamt ergab im ersten Jahr nach der Gründung, dass die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit für die Jahre 2014 und 2015 nicht erfüllt sind und wir somit [keine Zuwendungsbestätigung](#) für steuerbegünstigte Zwecke ausstellen können.

Unsere Satzung wurde zwar bereits nach Gesprächen mit dem zuständigen Finanzamt Leipzig II unmittelbar nach der Vereinsgründung angepasst, jedoch gab es Beanstandungen, was die im § 52 Abgabenordnung definierten gemeinnützigen Zwecke anbelangt. Für uns käme, nur mit guten Willen des Finanzamtes, als Förderung der Allgemeinheit, [Punkt 7](#): Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe in Frage.

Zu diesem Zweck hätten wir die Satzung in einer Weise ändern müssen, die eine Weiterführung unserer bisherigen Arbeit unmöglich gemacht und uns lediglich auf Bildungsvermittlung im herkömmlichen Sinne beschränkt hätte. Weder hätten wir weiterhin Beschwerden bearbeiten noch in irgendeiner anderen Art und Weise Einfluss auf die Qualität und den Programmauftrag der Rundfunkanstalten Einfluss nehmen können. Die Konsequenzen bei Nichteinhaltung der gemeinnützigen Zwecke laut AO lägen darüber hinaus im kompletten Verlust unseres Vereinsvermögens.

Der Vorstand warb daher dafür, dauerhaft auf den Status Gemeinnützigkeit zu verzichten und die Mitgliedschaft stimmte im Umlaufverfahren einer geringfügigen Satzungsänderung zu. Weitere formale Satzungsänderungen (Präzisierungen) wurden einstimmig in der jüngsten Mitgliederversammlung in Weimar beschlossen.

4. Mitglieder

Der Verein verzeichnete Ende des Jahres 2023 **23** ordentliche Mitglieder und **43** Fördermitglieder. Die Anzahl der Fördermitglieder hat sich damit im Vergleich zu 2019/2021 um **15** verringert, die der ordentlichen Mitglieder erhöhte sich um **4**. Sowohl Mitglieder als auch Fördermitglieder des Vereins kommen aus fast allen Teilen Deutschlands.

5. Finanzen

Die Einnahmen des Vereins setzen sich aus regelmäßigen Einnahmen (Mitgliedsbeiträge, Förderbeiträge) und unregelmäßige Einnahmen in Form von Spenden zusammen - neben dem üblichen Weg der Überweisung auf unser Vereinskonto wurden Spenden auch über unser Sammelkonto bei PayPal generiert, die in Form von regelmäßigen Abschlagszahlungen unserem Vereinskonto zugeführt werden.

Insgesamt lagen die Einnahmen im Jahr **2022** bei 6713,12 Euro und **2023** bei 6926,12 Euro.



Einnahmen/Ausgaben Zeitraum 01.01.2022 - 31.12.2022

Konto	Anfangssaldo	Einnahmen	Ausgaben	Endsaldo	Plus/Minus	Differenz
01.01.2022 - 31.12.2022						
KONTOKORRENTKONTO PIN/TAN, IBAN DE8883.290697 [Volksbank Eisenberg]	23225,34	6713,12	4805,95	25132,51	1907,17	0,00



Einnahmen/Ausgaben Zeitraum 01.01.2023 - 31.12.2023

Konto	Anfangssaldo	Einnahmen	Ausgaben	Endsaldo	Plus/Minus	Differenz
01.01.2023 - 31.12.2023						
KONTOKORRENTKONTO PIN/TAN, IBAN DE8883.290697 [Volksbank Eisenberg]	25132,51	6926,12	10828,89	21229,74	-3902,77	0,00

Am 31.12.2023 verfügte der Verein über ein Bankguthaben von **21229,74 EUR**.

Belastung	
Zahlungspflichtiger	
DE88 8309 4495 0003 2906 97	
Verwendungszweck	Saldo nach Buchung
Abschluss per 31.12.2023	21.229,74 EUR
Wertstellung (Valuta)	
31. Dez. 2023	

Zu den Ausgaben des Vereins gehören neben den regelmäßig wiederkehrenden Kosten für Telekommunikation und Bankgebühren auch Reisekosten, Kosten für Porto und Büromaterial sowie die nötige Wartung für PC und Internetauftritt des Vereins.

Die erhöhten Ausgaben im Jahr 2023 resultieren vor Allem aus erstmalig seit Juli 2023 gezahlten Personalkosten und Aufwandsentschädigungen, sowie aus dem längst überfälligen Reparatur- und Schulungsaufwand für den weiteren Betrieb unserer Internetseiten, welche aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes höhere Rechnungssummen als gewohnt nach sich zogen. Der künftige Vorstand wird die höheren Ausgaben durch geeignete Maßnahmen in Bezug auf Mitglieder- sowie Fördermitglieder-Akquise und Spenden-Einwerbung zu kompensieren versuchen.

Nähere Angaben zu unseren Finanzen entnehmen Sie bitte den beigefügten Kassenberichten, die unsere Schatzmeisterin Ilka Wehner gewohnt akribisch aufbereitete. Die Kassenprüfung, welche im Berichtszeitraum von unserem Mitglied Beate Strehlitz vorgenommen wurde, ergab keine Beanstandungen.

6. Öffentlichkeitsarbeit

Die Publikumskonferenz macht seit ihrem Bestehen durch zahlreiche Publikationen, Programmbeschwerden sowie Zuarbeiten zu Gesetzen, [Anfragen und Stellungnahmen](#) auf ihre Arbeit aufmerksam. Wir haben uns an den öffentlichen Konsultationen zum WDR-Gesetz und zum ZDF-Staatsvertrag beteiligt und gaben Stellungnahmen zu Konzepten, wie z. B. dem Telemedienkonzept "MDR-Telemedien" und Aktionen der Sendeanstalten wie z.B. der Veräußerung von Kunstwerken durch den WDR ab, stellten öffentliche Anfragen an die Medienpolitiker der Länder und bewarben uns um Sitze in den Rundfunkgremien von MDR und WDR – letzteres leider bislang ohne Erfolg. Wir versuchen es weiter.

Die Ständige Publikumskonferenz wird in Studien, Publikationen und in einer [Dissertation](#) zum Thema „Programmentscheidungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ erwähnt und zitiert sowie im Quellenverzeichnis benannt.

Ein Höhepunkt war die Herausgabe unseres Buches [„Zwischen Feindbild und Wetterbericht“](#). Die Rolle, die die Tagesschau dabei spielt, beleuchten Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer, beide lange Jahre bei der ARD tätig, in rund 30 fundierten Programmkritiken zu ausgewählten Themen der Innenpolitik sowie zu internationalen Fragen. Die Methoden und

Mechanismen der kritisierten Nachrichtengebung machte Herausgeberin Maren Müller in thematisch gegliederten Einleitungen nachvollziehbar. Dabei arbeitet sie den bizarren Widerspruch zwischen selbst formuliertem Anspruch und gesetzlichem Auftrag der Tagesschau auf der einen und deren realer Praxis auf der anderen Seite heraus.

Die Publikumskonferenz war insbesondere in den ersten Jahren ihres Bestehens oft Thema in den verschiedensten Leit- und Alternativmedien von Spiegel über Cicero, von Telepolis bis hin zu den Nachdenkseiten. In [unserem Wiki](#) erfasst ein engagierter Mitstreiter zahlreiche Medien-Berichte, die sich hauptsächlich um unsere Aktivitäten in Form von Programmbeschwerden drehen, aber auch um Aufreger wie das Begehren der Grünen-Politikerin Marieluise Beck, unsere Initiative und die Vorsitzende vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

Die zahlreichen öffentlichen Auftritte, in der Regel wahrgenommen durch die Vorsitzende, fanden hauptsächlich in den Anfangsjahren statt und verringerten sich aufgrund deren hauptberuflichen Beschäftigung bei einem Bundesamt, welche 2023 mit dem vorzeitigen Renteneintritt endete.

Öffentliche Auftritte, Kontaktpflege zu Verantwortlichen in den Medienanstalten, sowie Kooperationen mit Partnerorganisationen nahm in den Berichtsjahren 2022/23 verstärkt unser stellvertretender Vorsitzender, Torsten Küllig wahr, während sich die Vorsitzende vorrangig um Pflege und Inhalte unserer Onlineangebote sowie Schriftverkehr kümmerte.

- Am 2. Mai 2022 fand bei [„Fakt ist!“](#) unter dem Thema „Wie frei ist unsere Presse?“ eine interessante Debatte statt, an der Torsten Küllig für die Publikumskonferenz als Podiumsgast eingeladen war. Der Sendungsverlauf stellte sich aus Sicht des Podiumsteilnehmer fair und korrekt dar. Unser Vorschlag zur Etablierung von Publikumsräten wurde vom MDR aufgegriffen und ein entsprechendes Arbeitsgespräch wurde anvisiert. In Folge kam es zu einem Treffen mit einem Vertreter des MDR, in welchem allerdings bislang keine entsprechenden Zusagen oder weiterführende Schritte offeriert wurden.
- Ein Offener Brief an die Ministerpräsidenten und die Landtagspräsidenten der Länder und an die Abgeordneten der Landtagsfraktionen zur [erweiterten Befreiung](#) von der Rundfunk-Beitragspflicht aus sozialen Gründen wurde von den Verantwortlichen an alle Fraktionen zur weiteren Befassung weitergeleitet und zum größten Teil beantwortet.
- „Alle Macht den Räten!“ Unter dieser Losung stand am 7. September 2022 eine öffentlich zugängliche [Medienpolitische Tagung von ver.di und DGB](#), die sich im Wesentlichen mit der durch die aktuellen Ereignisse in Kritik geratenen [Rolle der Gremienräte](#) befassen wollte. Torsten Küllig war auch an diesem Tag für die Publikumskonferenz in Berlin dabei. Die fast einstündige Diskussionsrunde befasste sich vorwiegend mit der gegenwärtigen und zukünftigen Rolle der Gremienräte, vorwiegend jedoch aus der Innensicht. Den interessantesten Beitrag leistete Frau Prof. Dr. Horz-Ishak mit Verweis auf Ihre Initiative eines [Publikumsrates](#). Wir arbeiten an einem ähnlichen Modell, was in einer Art „Zweiten Kammer“ sowohl der Intendanz als auch den Gremienräten eine Rückkopplung durch das Publikum ermöglichen soll.

- Eine neue Formulierung im aktuellen Verfassungsschutzbericht löste bei uns Irritationen aus, was uns am 27. August 2022 zu einer [Anfrage ans Ressort](#) der Innenministerin inspirierte. Die irritierende Passage im Wortlaut:
- *„Die Angehörigen des Phänomenbereichs versuchen, das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie, in staatliche Institutionen sowie in Wissenschaft und Medien zu untergraben. Sie zielen dabei auf die Radikalisierung und Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung, um ihre eigene Agenda voranzubringen.“*
Der Zweck unseres Vereins besteht aber nun mal in der Erlangung und Förderung von Medienkompetenz, demokratischer und kultureller Bildung, sowie der Mitsprache bei der Umsetzung des gesellschaftlichen Programm- und Bildungsauftrages. Inwieweit es im zulässigen Spektrum noch folgenlos möglich ist, Medienkritik zu üben, ohne in den neugeschaffenen Phänomenbereich ggf. durch Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln erfasst zu werden, ist von allgemeinem Interesse. Die Antwort aus dem hohen Haus fiel daher äußerst [unbefriedigend](#) aus.
- [Wir fordern gemeinsam](#) mit zahlreichen Initiativen unter Federführung der Deutschen Akademie für Fernsehen eine angemessene Beteiligung am aktuellen Reformprozess der öffentlich-rechtlichen Medien. Unsere Mitglieder Beate Strehlitz und Torsten Küllig nahmen bislang an den aktuellen Diskussionsrunden und Onlineforen des Netzwerkes teil. Gefordert wird im Rahmen des längst überfälligen Reformprozesses der öffentlich-rechtlichen Anstalten ein [Medienkonvent](#) unter Einbeziehung von Medienschaffenden und Beitragszahlern. So können wir die konstruktive und kritische Unterstützung leisten, ohne die eine Reform der Anstalten kaum gelingen kann.
- Wir unterstützen das Modellprojekt [WirSindMedien](#), welches federführend von unserem Vereinsmitglied, dem Radiojournalisten Martin Ruthenberg gegründet und vorangetrieben wurde. Als Beiratsmitglieder engagieren sich unsere Mitglieder Michael Meyen, Beate Strehlitz und Maren Müller. Die Plattform versteht sich als Modellprojekt von Bürgern, die den gemeinnützigen Rundfunk der Zukunft mit aufbauen möchten. Interessierte Bürger, welche eine besondere Passion zum Lokaljournalismus umtreibt, sind herzlich eingeladen sich zu beteiligen.

Das Wichtigste für die Publikumskonferenz war und ist die Öffentlichkeitsarbeit über unser [Internetforum](#) und die stetige Aufklärung über Tendenzen in der Nachrichtengebung und über das Instrument der formalen Programmbeschwerde gegen fehlerhafte Inhalte. Viele unserer [Programmbeschwerden](#) und Blogbeiträge wurden 1000-fach angeklickt und geteilt.

Die Hitliste der [beliebtesten Blogbeiträge](#) wird weiterhin angeführt vom unermüdlichen Autoren-Duo Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer, aber auch andere weniger bekannte engagierte Mitstreiter und Kritiker der Informationspolitik reichten Texte zur Veröffentlichung ein. Einer steigenden Beliebtheit erfreuten sich die Übersetzungen [englischsprachiger Texte](#), die regelhaft mehr Informationen zu den Konflikten der Welt beinhalten, als die Berichterstattung deutscher Leitmedien. Insgesamt boten wir im Berichtszeitraum um die 50 Beiträge über unser Blog an und erreichten so Zugriffszahlen von einer knappen halben Million Besucher.

Unter dem Reiter [News/Ticker](#) veröffentlichen wir täglich aktuelle Meldungen mit Medienbezug.

Der Verein betreibt inzwischen einen verifizierten Account bei Twitter (X) und einen [YouTube-Kanal](#), der seit unserem Griechenland-Projekt ruht, aber hin und wieder aufgerufen wird. Unser Newsletter wird inzwischen von über 1000 Personen abonniert.

In den Berichtsjahren 2022/23 erstellten wir [35 eigene](#) Programmbeschwerden und [36 externe](#) Beschwerden wurden von uns dokumentiert. Unsere Beschwerden verzeichneten nach kurzer Zeit teilweise Zugriffe im 5-stelligen Bereich. Hilfreich sind dabei zumeist Hinweise und Verlinkungen über reichweitenstarke freie Medien wie z.B. Multipolar oder Nachdenkseiten.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Beschwerde zur Doku [„Deutsche Schuld - Namibia und der Völkermord“](#), welche von der Produktionsfirma Eikon, unter Beteiligung von NDR, MDR, RBB und SWR verantwortet wurde. Mehrere betroffene Protagonisten, die sich von den Machern der Produktion hintergangen sahen, sowie zahlreiche, teils prominente Personen, wie der ehemalige deutsche Botschafter in Namibia Schlaga, legten ebenfalls Beschwerde ein oder machten ihren Unmut in einem [offenen Brief](#) Luft. Nach ein paar Wochen des Lavierens und Korrigierens, verzichteten die ARD-Sender auf die Ausstrahlung des Filmes und löschten ihn aus der Mediathek. Verstöße gegen die Programmrichtlinien vermochten sie jedoch nicht einzuräumen, sodass in dieser Angelegenheit der Rundfunkrat angerufen wurde.

Ein weiteres aufregendes Thema für eine Programmbeschwerde war die Berichterstattung des ZDF über die Krawalle am Rande des [Eritrea-Festivals](#) in Gießen, die im Prinzip eine Täter-Opfer-Umkehr darstellte. Eine zuständige Journalistin nutzte veraltetes Filmmaterial, um ein Szenario zu belegen, welches die Krawalle zu rechtfertigen versuchte. Die Komplexität und politische Brisanz der Vorfälle wurden vom Fernsehrat entweder nicht verstanden oder [vorsätzlich marginalisiert](#). Diese Art der Desinformation schürt nicht nur Hass auf die in Deutschland geborenen und sozialisierten ehemaligen Kontingentflüchtlinge, die während des Unabhängigkeitskrieges in alle Welt verteilt wurden, sondern gefährdet auch Gesundheit und Leben von unbeteiligten Besuchern oder Ordnungskräften. Wenn wir in der Lage sind, die (geopolitischen) Hintergründe der Krawalle zu recherchieren, wieso schaffen das nicht auch die Rundfunkanstalten? Wessen Interessen werden hier vertreten?

Die Themen der Beschwerden waren auch in diesem Berichtszeitraum mannigfaltig und betreffen das gesamte politische Spektrum. Wer Sahara Wagenknecht oder [Ulrike Guérot](#) gegen übergriffige Moderatoren verteidigt, der sollte auch zu Desinformation über den Ex-Verfassungsschutz-Präsidenten [Hans-Georg Maaßen](#) nicht schweigen.

Begründung: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist kein Tendenzmedium.

Die Angebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio sind in ihren Programmen zur Wahrheit verpflichtet. Sie haben sicherzustellen, dass die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen aus dem Sendegebiet im Programm angemessen zu Wort kommen. Das Programm darf nicht einseitig einer Partei, Gruppe, Interessengemeinschaft, einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung dienen. Die Auffassungen der wesentlich betroffenen Personen, Gruppen oder Stellen sind angemessen und fair zu berücksichtigen. Wertende und analysierende Einzelbeiträge haben dem Gebot journalistischer Fairness und in ihrer Gesamtheit der Vielfalt der Meinungen zu entsprechen.

Diese Vorgaben sind in den Staatsverträgen der Anstalten verankert, aber man hat in den letzten Wochen mehr und mehr den Eindruck, dass sie weiterhin gekonnt ignoriert werden.

9. Ausblick

Unser Verein begeht in diesem Jahr sein 10-jähriges Bestehen. Der neugewählte Vorstand wird darüber befinden, in welcher Form wir dieses Jubiläum feiern und wie wir perspektivisch auf die Herausforderungen reagieren werden, die uns künftig das Ehrenamt erschweren könnten.

Eine Art globaler Zensur-Komplex, ausgestattet mit ökonomischen und geopolitischen Vormacht-Interessen hat nämlich mächtig aufgerüstet: Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Trusted News Initiative, Digital Service Act, konzernfinanzierte Faktenchecker, öffentlich-rechtliche Faktenfuchse und diverse staatlich geförderte [NGOs für Gegneranalysen](#) wachen über Inhalte und deren Wahrheitsgehalt und höhlen nebenbei das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung aus.

Am 16.11.2022 ist die EU-Verordnung 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.10.2022 über den Binnenmarkt für digitale Dienste ([Digital Services Act](#)) in Kraft getreten. Sie gilt spätestens ab dem 17.02.2024 unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat in erster Linie für „sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen“, aber auch für sogenannte Intermediäre, zu denen auch wir mit unseren Onlineangeboten gehören.

Intermediäre bieten dem Publikum andere Sichtweisen und die Möglichkeit zur umfassenden Gegenrecherche an. Eine starke Gegenöffentlichkeit zur etablierten Meinungsmacht bildete sich somit in den letzten Jahren heraus. Die Meinungsvielfalt wurde gestärkt und damit auch der demokratische Diskurs, auf dem das Funktionieren unserer Gesellschaft beruhen sollte. Das alles steht demnächst auf dem Spiel. Wie also sollen wir uns verhalten?

Sollten wir brisante und politisch unbequeme Recherchen wie [die zu Bucha](#) künftig aus Vorsicht vermeiden, obwohl sie sich ausschließlich auf Originalquellen stützen?

Sollten die erfrischenden Kolumnen unserer Mitstreiter Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer nur noch in weichgespülter Form erscheinen?

Bekommt die vollsynchronisierte Nachrichtengebung von DPAs Gnaden endgültig Verkündigungscharakter, die keinen Widerspruch erlaubt?

Sind Programmbeschwerden gegen Falschbehauptungen im politischen Umfeld von Regierungsparteien überhaupt noch erlaubt?

Unser Verein liegt in Punkto Reichweite im Verhältnis zu anderen Plattformbetreibern weit unter Radar. Das, und die von den öffentlich-rechtlichen Anstalten durchaus erwünschte Publikumsinklusion, garantierte uns bislang ein relativ störungsfreies Arbeiten. Konzertierte Aktionen von „Hinweisgebern aus der Zivilgesellschaft“, welche diverse kritische Blogger und alternative Medien bereits erleben mussten, könnten zudem stets in einem sogenannten Streisand-Effekt münden, was die „Gegenseite“ natürlich vermeiden möchte.

Es gibt für uns eigentlich überhaupt keine Alternative zum Weitermachen. Sie, liebe Mitglieder, sind herzlich dazu eingeladen! Geben Sie Hinweise, schreiben Sie Ihre Beobachtungen auf, sprechen Sie mit Freunden und Bekannten über unsere Initiative und werben Sie um aktive Unterstützung für unsere Arbeit. Denn die brauchen wir dringend, insbesondere im Hinblick auf die Programmebeobachtung.

Denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in seiner gesellschaftlich aufgetragenen Rolle in den großen Krisen unserer Zeit, wie Pandemie, permanente Kriegsgefahr, Klimadebatte, Gesellschaftswandel und Digitalisierung versagt. Insbesondere das öffentlich-rechtliche Fernsehen lässt zu jedem Thema zuverlässig die gleichen Experten und Politiker auftreten und inszeniert selbst Fachfremde als Krisenmanager, wobei der Moderator einhakt, wenn eine Verlautbarung von der Staatsräson abweicht. Journalisten sehen sich als Teil des Systems und vertrauen der Richtigkeit von Entscheidungen von oben, auch wenn diese dem Otto-Normal-Bürger oftmals suspekt und klar zu seinem Nachteil erscheinen. Sie hinterfragen bei einer Partei zu wenig und die andere wird gar nicht erst vor die Kamera gelassen. Man redet viel über „umstrittene“ Menschen, aber nicht mit ihnen. Es werden zu vielen Themen unhaltbare Thesen verbreitet und wiederholt, die weder mit Quellen noch mit Logik zu belegen sind. Es fehlt an unabhängiger und souveräner Kontrolle durch die Gremien, welche das Angebot hinsichtlich der Einhaltung von Programmrichtlinien zu überprüfen haben.

Die Ständige Publikumskonferenz wird sich daher weiterhin um Sitze in neu zu besetzende Rundfunkgremien der Anstalten bewerben. Als Kandidaten kommen Persönlichkeiten aus den jeweiligen Regionen in Betracht, die über einschlägige medienpolitische Erfahrungen verfügen.

Wir werden künftig verstärkt die Zusammenarbeit mit politischen Parteien und den entsprechend verantwortlichen Medienpolitikern suchen und die Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppierungen in den Rundfunkgremien mit unseren Anliegen konfrontieren.

Zum Abschluss des Rechenschaftsberichtes möchte ich mich auch im Namen des Vorstandes herzlich für Ihre treue Unterstützung bedanken. Ohne Ihre aktive Mithilfe und Ihren Zuspruch auch in schwierigen Situationen wäre unsere Arbeit weniger wirkungsvoll gewesen.

Ich hoffe, Sie begleiten unsere gemeinsame Initiative auch weiterhin mit Rat und Tat, Wohlwollen und Engagement und schenken dem neu zu wählenden Vorstand ihr Vertrauen.

Mit freundlichen Grüßen



Maren Müller
Vorsitzende